

Einwohnerantrag

internationales Friedensgebiet, völkerrechtliche Gebietskennzeichnung, bundesstaatliche Fördergelder.

Die Landesgemeinde wird Bundesgemeinde gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz Artikel 28, 70, 72, 79, 116 (2) Satz 2, AGBGB, EGBGB, BGB § 1, Raumordnungsgesetz § 2, Landesverfassung Rheinland-Pfalz § 1, Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz § 17, Landkreisordnung Rheinland-Pfalz § 11d, u.a.

Ortsgemeinde Freisbach Gemeindeversammlung Freisbach Gemeinderat Freisbach
Hauptstraße 36 D - F r e i s b a c h info@freisbach.de

Betreff: Bundesmittel für die Einwohner und Ortsgemeinde Freisbach.

Liebe Einwohner der Ortsgemeinde Freisbach, werter Gemeinderat.

Der im Bundesgebiet öffentlich bekannt gewordene finanzielle Engpass der Gemeinde Freisbach durch den Rücktritt von Gemeinderat und Bürgermeister begründet sich möglicherweise mit fehlenden *staatlichen Fördergeldern aus Bundesmitteln*.

Sind alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft die **Ortsgemeinde Freisbach** über *bundesstaatliche Fördermittel* innerhalb der Kommune finanziell zu stärken?

Der Gesetzgeber ermöglicht ausdrücklich durch das Grundgesetz die Selbstbestimmung der Gemeinde (z.B. Artikel 28) nach dem Subsidiaritäts- und Universalitätsprinzip. Das bedeutet, dass jede deutsche Ortsgemeinde als kleinste bundesstaatliche Einheit örtliche Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln kann, um z.B. *bundesstaatliche Zuschüsse, Fördergelder und Fördermittel* zu erhalten.

Obwohl diese *bundesstaatlichen Fördermittel für die Ortsgemeinde mindestens eine Verdoppelung des aktuellen Gemeindehaushaltes herbeiführen, bleiben diese Investitions- und Kapitalmöglichkeiten aus staatlichen Bundesmitteln (Sondervermögen) jedoch oft unbenutzt*.

Möglicherweise entgehen der **Ortsgemeinde Freisbach** bisher *bundesstaatliche Fördergelder*? Um diese *staatlichen Bundesmittel* zugänglich zu machen, sind bestimmte gesetzliche Schritte und praktische Maßnahmen seitens der Einwohner und der Ortsgemeinde notwendig.

Die genannten *staatlichen Bundesmittel* stehen unmittelbar in Verbindung mit der völkerrechtlichen und international anerkannten Kennzeichnung von Friedensgebieten für Ortschaften und Gemeinden. Falls der **Ortschaft Freisbach** und der **Gemeinde Freisbach** solch eine völkerrechtliche und internationale Gebietskennzeichnung fehlt, kann diese durch die Einwohner gesetzlich herbeigeführt werden.

Diese erweiterte Gebietskennzeichnung der Ortschaft verbindet direkt das Gemeindegebiet mit dem Bundesgebiet und führt zur Sicherung bestehender Vermögenswerte, schützt örtliches Privatvermögen (z.B. Einfamilienhaus) vor Enteignung und Zwangsversteigerung und ermöglicht finanzielle Förderung durch staatliche Bundesmittel, welche nach dem Raumordnungsgesetz (ROG) öffentlich und privat im Bedarfsfall eingesetzt werden können.

Um an diese unerschlossenen staatlichen Bundesmittel zu gelangen, können die **Einwohner** die dafür erforderliche Gebietskennzeichnung des Ortes und der Gemeinde gesetzlich über den Einwohnerantrag oder durch die Gemeindeversammlung (*Legislative*) beschließen und damit den Gemeinderat (*Executive*) mit der Durchsetzung der Gebietskennzeichnung beauftragen. Bestehende Verträge (z.B. mit dem Kreis Germersheim) bleiben davon unberührt. Damit wird *innerhalb des gesetzlichen Rahmens* die *Landesgemeinde zur Bundesgemeinde*.

Die *bundesstaatlichen Fördermittel* der Bundesgemeinde finanzieren nach dem ROG § 2 (2) (3): *Sanierung, Modernisierung und Neubauten von z.B. öffentlichen Immobilien (Rathaus, Kindergarten, Hallenbad, Sporthalle, Schulgebäuden), Parkanlagen, Straßen und Gehwege, Gewerbeobjekte oder privat benutzen Einfamilienhäusern.*

Des weiteren kann *die Bundesgemeinde* die Grundsteuer, die gesamten öffentlichen und privaten Betriebs- und Nebenkosten, die Instandhaltungskosten für den aktuellen Gemeindebestand oder die allgemeine Gemeindeverwaltung ebenfalls über diese staatlichen Bundesmittel abrechnen lassen.

Sobald die Einwohner der Ortsgemeinde für das eigene Ortsgebiet die völkerrechtliche und international anerkannte Friedenskennzeichnung gesetzlich über den Einwohnerantrag herbeiführt und die Grenzsteinsetzung für die neue Liegenschaft mit Grundstücksverwaltung eingerichtet haben, ist die Ortsgemeinde als „Bundesgemeinde“ deklariert und hat Anspruchsberechtigung auf bundesstaatliche Fördermittel. Die Zuständigkeit der Abwicklung und Bereitstellung staatlicher Bundesmittel an die Bundesgemeinde über die örtliche Kämmerei liegt bei der **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben**.

Die **Gemeinde Freisbach** ist eingeladen durch Selbstbestimmung nach Artikel 28 des Grundgesetzes der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND die örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung und Selbstverwaltung zu regeln. Um die genannten *staatliche Fördergelder zu erhalten, muss* die Landesgemeinde über einen *Einwohnerantrag* zunächst eine *selbst verwaltende Bundesgemeinde* werden.